



*Vorsitzender:*  
RiOLG Dr. Christian Hoppe

*Geschäftsstelle:*  
c/o Amtsgericht Magdeburg  
Breiter Weg 203-206  
39104 Magdeburg  
Tel.: (03445) 282113 bzw. (0391) 6066434  
Mail: [post@richterbund-lsa.de](mailto:post@richterbund-lsa.de)

**Bund der Richter und Staatsanwälte in Sachsen-Anhalt**  
c/o AG Magdeburg, Breiter Weg 203-206, 39104 Magdeburg

## **Gemeinsame Pressemitteilung des Bundes der Richter und Staatsanwälte in Sachsen-Anhalt und des Landesrichterrates und des Gesamtstaatsanwaltsrates**

### **Justizministerin scheitert mit Impfstrategie für alle Bediensteten der Justiz an der Landesregierung**

Mit großem Unverständnis und einiger Empörung nehmen unser Landesverband, der Landesrichterrat sowie der Gesamtstaatsanwaltsrat zur Kenntnis, dass Justizministerin Anne-Marie Keding mit ihrer im Februar 2021 angekündigten Strategie gescheitert ist, für alle Bedienstete der Justiz des Landes Sachsen-Anhalt eine zentrale Impfgelegenheit zu schaffen. In einem an die Bediensteten der Justiz gerichteten Schreiben vom 28. Mai 2021 teilte die Ministerin nun mit, dass es zwar gelungen sei, Bedienstete des Justizvollzugs vor Ort impfen zu lassen. Leider habe jedoch das für die Impfungen zuständige Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration mitgeteilt, dass es nicht möglich sei, mobile Impfteams für die Justiz einzusetzen. Auch ein gesondertes Impfstoffkontingent für Landesbedienstete stünde nicht zur Verfügung. Ob es überhaupt noch gelingen werde, zentrale Impfgelegenheiten zu schaffen, ließ die Ministerin in dem Schreiben offen.

Der Landesverband und die o.g. Gremien werten dieses Agieren der Landesregierung als einen Affront gegen die Justiz und den Rechtsstaat.

Die Bediensteten in den Gerichten und Staatsanwaltschaften haben seit Anbeginn der Coronapandemie unter Inkaufnahme erheblicher Einschränkungen wesentlich dazu beigetragen, die Funktionsfähigkeit des Rechtsstaats weiterhin aufrecht zu erhalten. Zivil- und Strafverhandlungen wurden weiterhin öffentlich durchgeführt, Erbscheine erteilt, Betreuungs- und Unterbringungsverfahren wurden zum Wohle besonders schutzbedürftiger Personen in den Wohnungen, Heimen und Krankenhäusern realisiert. Die Staatsanwaltschaft hat weiterhin akribisch Straftaten verfolgt. Die Kolleginnen und Kollegen der Verwaltungsgerichte haben unermüdlich Entscheidungen im Zusammenhang mit den Regelungen der Eindämmungsverordnung getroffen und damit zur Wahrung der Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger beigetragen, während die Landesregierung weder einen für die Justiz zwingend erforderlichen Digitalisierungsschub initiiert noch Möglichkeiten vorgehalten hat, für die Arbeitsplätze in der Justiz Homeoffice-Lösungen zu schaffen. Das nun mitgeteilte Ergebnis wird nicht im Ansatz den berechtigten Erwartungen aller Justizbediensteten nach Fürsorge und Unterstützung

durch den Dienstherrn gerecht. Es begegnet zudem erheblichen Bedenken, dass in der Landesregierung die Interessen der unabhängigen Justiz als eine der drei Säulen der Gewaltenteilung im demokratischen Gefüge nur noch in einer untergeordneten Rolle wahrzunehmen sind.

Für die gescheiterte Impfstrategie tragen Justizministerin Anne-Marie Keding ebenso wie die gesamte Landesregierung politisch die Verantwortung. Bereits im Dezember 2020 stand fest, dass die Angehörigen der Justiz, insbesondere Betreuungs- und Bereitschaftsrichter, in einer bundesweit geregelten Impfreihefolge prioritär eingestuft waren. Es war absehbar, dass die Knappheit an Impfstoff zurückgehen und die Priorisierung der Impfberechtigten – wie bundesweit beschlossen – demnächst aufgehoben werden wird. Um impfwilligen Bediensteten der Justiz frühzeitig unter Beachtung der Priorisierungsstufen die Chance zu geben, Impfschutz zu erhalten, war die rasche Entsendung mobiler Impfteams in die Gerichte und Staatsanwaltschaften ein effizienter Weg. Umso unverständlicher war die Entscheidung der Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration, im Rahmen der Priorisierungsstufe 3 eine weitere Binnenpriorisierung unter Ausschluss auch der Justizangehörigen vorzunehmen, ohne dass hierfür eine rechtliche Grundlage ersichtlich war.

Wenn am 07. Juni 2021 die Impfpriorisierung fällt, erwartet unser Verband einen Ansturm auf die Impftermine. Die anfängliche Priorisierung von Justizbediensteten wird dadurch sinnentleert.

Der auf die Bediensteten vermittelte Eindruck der Landesregierung ist sehr beunruhigend.

Magdeburg, 02. Juni 2021

(Dr. Hoppe)  
Vorsitzender des  
Bundes der Richter und  
Staatsanwälte  
in Sachsen-Anhalt

(Wennmacher)  
stv. Vorsitzender des  
Landesrichterrats

(Braun)  
Vorsitzender des  
Gesamtstaatsanwaltsrats